



Pressemitteilung

Mit der Bitte um Veröffentlichung

**Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft**
Landesverband Bremen
Bahnhofsplatz 22 - 28
28195 Bremen

Tel.: 0421 - 33 76 40
Fax: 0421 - 33 76 430
Internet: www.gew-hb.de
e-Mail: info@gew-hb.de

Ansprechperson: Christian Gloede
Tel.: 0174-9790755

26.2.2015

Schluss mit Leiharbeit durch Schulvereine – mehr Lohn für Landesbeschäftigte! GEW fordert gleiche Rechte und tarifliche Eingruppierung aller an Schulen Beschäftigter und einen deutlichen Lohnzuwachs

Mehr als 400 pädagogisch Beschäftigter an Bremer Schulen haben heute einmütig einen Antrag verabschiedet, der die Senatorin für Bildung, Eva Quandte-Brandt, auffordert Leiharbeitsverhältnisse zu beenden und die Mitarbeiter*innen endlich bei der Bildungsbehörde zu beschäftigen, damit eine tarifliche Bezahlung und entsprechende Rechte gelten. „Der arbeits- und tarifrechtliche Wildwuchs durch Beschäftigung insbesondere bei Schulvereinen muss beendet werden. Diese Kolleg*innen verrichten hochwertige Arbeit, die entsprechend tariflich honoriert werden muss; die Willkür an dieser Stelle muss ein Ende haben“, forderte GEW-Landesvorstandssprecher Christian Gloede. Die GEW hat am heutigen Tag dazu eine Postkartenaktion mit dieser Forderung an die Bildungsministerin gestartet. „Leiharbeit ist großer Stuss – Eva, mach jetzt damit Schluss!“ skandierten während eines anschließenden Demonstrationzuges mehr als 300 pädagogische Mitarbeiter*innen und Assistenzen.

Gleichzeitig unterstützten die Teilnehmer*innen der Personalversammlung die gewerkschaftlichen Forderungen in der laufenden Tarifrunde nach 5,5% mehr Lohn und Abbau der sachgrundlosen Befristungen. Die GEW fordert im Rahmen dieser Tarifverhandlungen zusätzlich eine Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte, die derzeit nach arbeitgeberseitig bestimmten Richtlinien eingruppiert werden. Entschieden zurückgewiesen wurde von der Versammlung das Ansinnen der Arbeitgeber, Einschnitte in der betrieblichen Altersvorsorge vorzunehmen. Gloede betont: „Diese Demonstration heute war der Auftakt zu weiteren Aktionen in den kommenden Wochen. Von den sprudelnden Steuereinnahmen steht den Beschäftigten ein großes Stück vom Kuchen zu. Dafür werden sie auch streiken!“

Heute und morgen findet in Potsdam die zweite Verhandlungsrunde für 800.000 tarifbeschäftigte und knapp 2 Millionen Beamte in den Ländern statt.